

# Für die Wissensgesellschaft

**Als Gegenvorschlag zur Bibliotheksinitiative hiess der Kantonsrat das Gesetz gut, das im ganzen Kanton die Bibliotheken sichern will, eine gewisse Koordination bringen soll und den Gemeinden Gelder zur Verfügung stellt.**

Von René Hornung

St. Gallen. – Der Kantonsrat will zudem, dass die Planung einer neuen gemeinsamen Stadt- und Kantonsbibliothek in St. Gallen weitergehen soll – vorerst kommt aber bloss ein Provisorium in die Hauptpost.

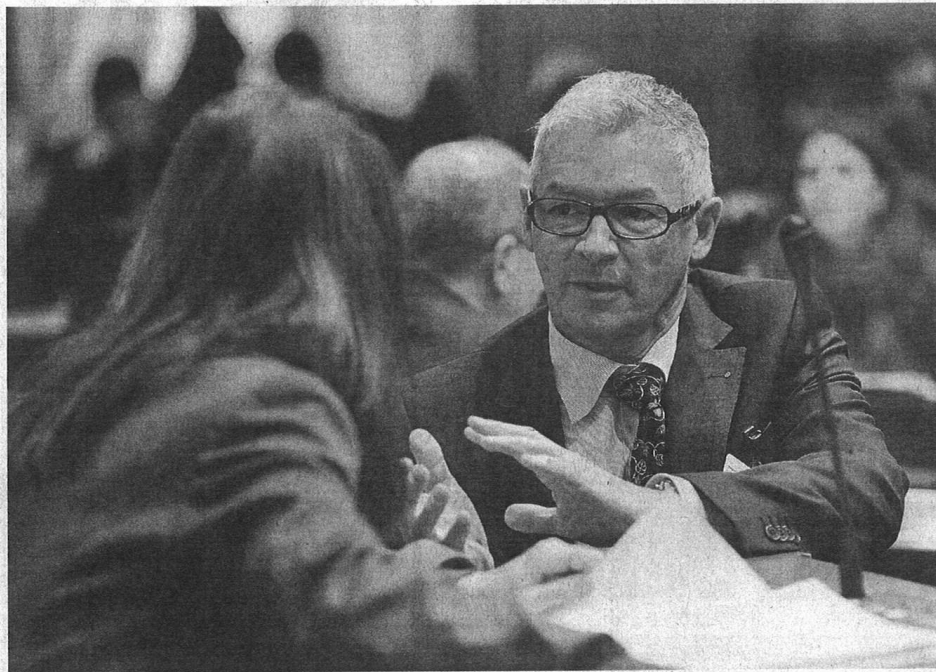
Anlass zur Bibliotheksinitiative war der Entscheid der Regierung, das Projekt einer neuen grossen Bibliothek in der St. Galler Hauptpost aufzugeben. Das Volksbegehren kam mit 10 000 Unterschriften zustande, das ist die höchste Unterschriftenzahl für eine Initiative seit 30 Jahren. 4000 Unterschriften wären nötig gewesen. Die Unterschriften kamen aus dem ganzen Kanton, besonders viele aber aus der Stadt St. Gallen, wo sowohl die Freihandbibliothek wie die Vadiana unter akuter Platznot leiden.

## Wichtig für Wissensgesellschaft

Das Interesse sei also sehr breit, betonte Kommissionspräsidentin Claudia Friedl (SP, St. Gallen). Das Volksbegehren will einen Impuls geben, die Finanzierung und die Koordination sicherzustellen. Heute gibt es insgesamt 300 Bibliotheken im Kanton, allerdings mit sehr unterschiedlichen Angeboten.

Bibliotheken seien ein wichtiger Teil unserer Wissensgesellschaft und des Bildungswesens, betonte die Kommissionspräsidentin. «Moderne Bibliotheken sind multimediale Bildungsstätten», auch in den ländlichen Gebieten. Und weil die beiden Institutionen in der Stadt St. Gallen aus allen Nähten platzen, sei die Planung einer neuen gemeinsamen Bibliothek von Stadt und Kanton richtig.

Die Kantonsregierung reagierte rasch auf die Initiative und erarbeitete das Bibliotheksgesetz. Weil darin die wesentlichen Punkte der Initiative berücksichtigt sind, zeigte sich das Komitee im Vorfeld bereit, das Begehren zurückzuziehen, falls das Gesetz ohne wesentliche Abstriche durchgehe.



**Kulturchef Martin Klöti:** «Das von der Regierung beschlossene Provisorium ist eine pragmatische Lösung und verschafft der Freihandbibliothek wie der Vadiana 'Luft' für eine längerfristige Planung.»

Bild Regina Kühne

Alle Fraktionen – ausser die SVP – plädierten darauf für das Gesetz. Die SVP wollte aber weder das Volksbegehren noch den Gegenvorschlag. Man könne sich die gemeinsame Einrichtung in der Stadt nicht leisten und schon eine frühere Kommission habe sich gegen dieses Vorhaben ausgesprochen. Es reiche doch, die Vadiana auszubauen.

## Es braucht Vernetzung

Engagiert setzten sich SP und Grüne sowie die CVP für das Gesetz ein. Regierungsrat Martin Klöti unterstrich die Bedeutung ebenfalls. Das Gesetz sei keine Baubotschaft für eine Bibliothek in der St. Galler Hauptpost. Dieses Vorhaben brauche zwei Volksabstimmungen.

Das von der Regierung beschlossene Provisorium sei aber eine pragmatische Lösung und verschaffe der Freihandbibliothek wie der Vadiana «Luft» für eine längerfristige Planung. Das Gesetz reagiere auf die ak-

tuellen Anforderungen: es brauche eine Vernetzung.

## Druckerzeugnisse sammeln

In der Detaildiskussion wollte die SVP nichts von einem Grundversorgungsauftrag für Bibliotheken wissen. Regierungsrat Klöti sagte an die Adresse der SVP, dass die Initiative wohl an der Urne so hoch akzeptiert würde wie kürzlich der Musikunterricht. Darauf scheiterte der Streichungsantrag der SVP.

Die FDP brachte eine Präzisierung durch, die festhält, dass die Gemeinden in ihren Bibliotheksaufgaben frei sind und die Konzepte federführend bestimmen. Die SP befürchtete, dass dies die Koordination infrage stellen könnte, und der Regierungsrat fand den Zusatz unnötig, bekämpfte ihn aber auch nicht direkt. Die FDP brachte zusätzliche Artikel durch, die die Kantonsbibliothek verpflichten, Druckerzeugnisse zu sammeln, die einen Zusammenhang mit dem Kanton

haben. Die Formulierungen sind etwas schwächer als die ursprüngliche Fassung der Regierung. Die im Regierungsentwurf stehende Entschädigungsregelung wurde gestrichen.

Die SVP wollte noch alle Bestimmungen über eine gemeinsame Bibliothek von Stadt und Kanton aus dem Gesetz streichen, doch der Rat lehnte dies ab. Karl Güntzel (SVP, St. Gallen) versuchte zum Schluss die Worte «errichten» und «an einem zentralen Standort» zu streichen – er kam aber auch damit nicht durch. Hier intervenierte neben der SP und der CVP auch der St. Galler Stadtpräsident Thomas Scheitlin (FDP). Wenn man die Synergien wolle, dann müsse man eine neue Organisation errichten.

Und Regierungsrat Klöti erinnerte an das Anliegen der Initiative. Dort sei die Hauptpost festgeschrieben. Wenn man flexibler sein wolle, müsse man der Gesetzesformulierung zustimmen – was der Rat denn auch tat.